

## PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

**Fabio de Masi**, gab heute, 19.10.17, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema: „**Stillstand bereits vor der Bundestagswahl**“.

Das „SWR2 Tagesgespräch“ führte Sabine Hackländer.

Mit freundlichen Grüßen  
Zentrale Information

Chefredaktion Hörfunk  
Zentrale Information

**SWR Tagesgespräch**

**Postadresse** 76522 Baden-Baden

**Hausadresse** Hans-Bredow-Straße  
76530 Baden-Baden

**Telefon** 07221/929-23981

**Telefax** 07221/929-22050

**Internet** [www.swr2.de](http://www.swr2.de)

**Datum:** 19.10.2017

Linken-Europapolitiker De Masi: Prinzipiell keine Entscheidungen in Europa möglich, die Frau Merkel nicht schmecken

Baden-Baden: Der Europaabgeordnete der Linken im EU-Parlament, Fabio De Masi, hat den vermeintlichen Stillstand europäischer Politik aufgrund der lang andauernden Verhandlungen zur Regierungsbildung in Deutschland kritisiert. Bereits vor der Bundestagswahl seien in Brüssel kaum noch wichtige Entscheidungen getroffen worden. Im Südwestrundfunk (SWR) sagte De Masi, wirklich tragisch für Europa sei, „dass prinzipiell keine Entscheidungen getroffen werden, die Frau Merkel nicht schmecken. Es würde Europa besser gehen wenn das anders wäre.“

Im Hinblick auf die im Dezember beim EU-Gipfel anstehende Debatte zur Reform der Eurozone hält De Masi die deutsche Beteiligung für unerlässlich. Schließlich sei die Krise der Eurostaaten keinesfalls vorbei. Mit dem Aufkaufen von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank sei lediglich Zeit gekauft worden. Das habe zwar die Finanzmärkte glücklich gemacht, die Krise der Realwirtschaft aber keinesfalls behoben. Die Vorschläge des französischen Staatspräsidenten Macron zur Reform der Währungsunion hält De Masi für unzureichend. Sie seien ein Versuch, den permanenten deutschen Handelsüberschuss und die daraus resultierende Schwäche der übrigen Eurozonen-Mitglieder mit „etwas Taschengeld“ in Form eines Eurozonenbudgets auszugleichen. Nötig sei stattdessen, über die hohen deutschen Exportüberschüsse als Ursache der Krise zu reden.

### Wortlaut des Live-Gesprächs:

**Hackländer: Als größtes und wirtschaftsstärkstes EU-Mitglied ist Deutschland immer auch ein Land mit großem Einfluss und Gestaltungsmacht in der EU. Das mag man gut oder schlecht finden, Fakt ist aber wohl, ohne die Bundesregierung geht's nicht. FDP-Chef Lindner sagt jetzt, die aktuelle Bundesregierung hat derzeit gar nicht mehr die Legitimation, auf EU-Ebene Entscheidungen zu treffen. Heißt das im Umkehrschluss, dass Europa solange still steht, bis Deutschland eine neue Regierung hat?**

De Masi: Ja, das ist wohl leider so, also wir erleben das nicht erst in den letzten Wochen, sondern auch bereits vor der Wahl. Es wurden kaum noch wichtige Europa-Entscheidungen getroffen, weil sich keiner getraut hat, irgendetwas gegen Berlin zu entscheiden.

**Hackländer: Halten Sie das denn im Prinzip für den richtigen Ansatz, dass erst eine neue Bundesregierung, wie auch immer die aussehen mag, wieder richtig mitreden kann in Europa?**

De Masi: Nun ja, es ist schon so, dass es klar ist, dass keine Entscheidungen getroffen werden können, die weitreichend sind, solange man nicht weiß, wer regiert. Das ist üblich, allerdings ist es tragisch für Europa, dass prinzipiell keine Entscheidungen getroffen werden, die Frau Merkel nicht schmecken. Es würde Europa besser gehen, wenn das anders wäre.

**Hackländer: Gucken wir mal auf das, was liegen bleibt. Nicht auf diesem, aber spätestens beim nächsten EU-Gipfel im Dezember soll über konkrete Vorschläge zur Vertiefung der Währungsreform beraten werden. Theoretisch möglich wären ein eigenes Eurozonen-Budget inklusive einem EU-Finanzminister, wie sich das insbesondere Frankreich wünscht. Sollte sich Deutschland aus dieser Debatte erst mal raushalten?**

De Masi: Nein, Deutschland muss diese Debatte mitführen, weil die Krise in der Eurozone ja überhaupt nicht vorbei ist. Es wurde Zeit gekauft, vor allem durch die Europäische Zentralbank, die eben massiv Staatsanleihen aus den Finanzmärkten aufgekauft hat und die Zinsen gedrückt hat. Das hat die Finanzmärkte glücklich gemacht, aber die Krise der Realwirtschaft, die Euro-Krise im Portemonnaie von Rentnern und Beschäftigten, die geht ja permanent weiter. Und die Ursachen für diese Krise sind auch überhaupt nicht weg.

**Hackländer: Das ist wahr, aber eine neue Bundesregierung würde sicherlich nicht in diesem Sinne, wie Sie das jetzt gerade ausgeführt haben, argumentieren oder?**

De Masi: Nein, die Bundesregierung will die gescheiterte Politik in der Eurozone fortsetzen. Dazu zählt unter anderem, dass Deutschland massiv die Löhne gedrückt hat, dadurch immer mehr ins Ausland verkauft hat, also mehr exportiert. Und die Handelspartner mussten sich verschulden. Wenn ich Ihnen mehr verkaufe als ich von ihnen einkaufe, dann müssen Sie bei mir zwangsläufig Schulden machen. Macron will dafür nun im Ausgleich etwas Taschengeld und sagt: „nun gut wir machen das jetzt auch, wir kürzen bei uns auch die Löhne, im Gegenzug wollen wir aber Unterstützung aus einem europäischen Haushalt.“ Ich glaube, dass beides nicht funktioniert, weil dieser Haushalt müsste dann eben viel zu groß sein, und das würde wieder heißen, man muss bei den nationalen Haushalten kürzen. Dann wird eben Rom oder Paris zukünftig aus Brüssel oder Berlin regiert. Das kann nicht gut gehen, sondern wir müssten wirklich über die Ursachen der Eurokrise, die hohen deutschen Exportüberschüsse, reden. Wir brauchen mehr Investitionen in Deutschland, wir müssen die Binnenwirtschaft stärken, dann wird es auch Frankreich besser gehen.

**Hackländer: Im Dezember sollte ja eigentlich auch die Überprüfung des aktuellen Rettungsprogramms für Griechenland abgeschlossen werden, damit dann Gespräche über die Beendigung des Programms und einem möglichen teilweisen Schuldenerlass beginnen können. Für wie dramatisch halten Sie eine Verschiebung dieser Entscheidung?**

De Masi: Nun, wir sehen das eher an einem Vergleich: In Portugal wurde die Kürzungspolitik beendet. Portugal hat sich erholt. Und je länger Griechenland gerettet wird, desto schlechter geht es Griechenland, weil durch permanente Strukturreformen, Lohn- und Rentenkürzungen, Privatisierung, die Misere des Landes nicht überwunden, sondern vertieft wird. Und dann kommen die eben auch nicht raus aus den Schulden, denn wer kein Einkommen erwirtschaftet, der kann auch keine Schulden bedienen. Deswegen ist es notwendig, dass Griechenland zügig aus diesem Programm aussteigen kann.

**Hackländer: Das heißt also, es muss aus diesem Programm aussteigen, aber dann eben auch einen Schuldenerlass bekommen, Ihrer Meinung nach?**

De Masi: Ja, der ist unausweichlich, denn Griechenland kann diese Schulden nicht zurückzahlen, das ist wirklich eine Lebenslüge. Es kann keine Schulden bedienen, wenn es kein Einkommen erwirtschaftet. Und man hat eben zu Griechenland gesagt: „Du bist überschuldet, wir leihen Dir noch eine Kreditkarte, aber Du musst deinen Tisch und deine Stühle verkaufen und darfst in deinem Restaurant niemanden mehr bedienen.“ Das ist eine absurde Politik, die funktioniert nicht, und deswegen wird auf einen Teil der Schulden verzichtet werden müssen. Und zur Ehrlichkeit der deutschen Politik würde gehören, dass Herr Schäuble, der ja nicht mehr Finanzminister sein wird, oder andere gesagt hätten, wir haben nicht die griechischen Rentner gerettet, sondern wir haben damals eben auch die deutschen und französischen Banken gerettet, bei denen Griechenland Schulden hatte. Und das hat man den Steuerzahlern aufgebürdet das Risiko. Man hätte von Anfang an einen solchen Schuldenerlass machen müssen. Nun ist es eben zu spät, weil aus diesen privaten Schulden öffentliche Schulden wurden, dadurch dass Deutschland und andere haften. Das ist aber die Verantwortung der Bundesregierung.

- Ende Wortlaut